

15. Januar 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich mit unserem Statement zur Steuererhöhung und dem Haushalt fortfahre, möchte ich aus aktuellem Anlass voranstellen, dass auch eine starke, gut in den politischen Diskurs eingebundene, demokratische Opposition meiner persönlichen Meinung nach eine echte Chance bieten kann, den Durchmarsch der Rechtsextremen in den Parlamenten zu verhindern.

Nun zu unserem heutigen Statement:

Ich möchte Ihnen heute meine tiefe Besorgnis über die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer B in unserer Stadt Kamen zum Ausdruck bringen.

Wir alle verstehen, dass die Stadt finanzielle Herausforderungen bewältigen muss. Aber eine höhere Belastung für die Bürgerinnen und Bürger durch eine Steuererhöhung ist nach Auffassung der Fraktion WG Kamen nicht der richtige Weg, um diese Probleme anzugehen.

Viele Haushalte in Kamen sind bereits jetzt erheblich belastet. Insbesondere Familien, Geringverdienende und Rentnerinnen und Rentner sind unter Druck. Eine zusätzliche Erhöhung würde nicht nur diejenigen treffen, die ohnehin schon finanziell zu kämpfen haben, sondern auch diejenigen, die hart arbeiten, um ihre Häuser zu erhalten.

Eine höhere Grundsteuer B könnte auch langfristig negative Auswirkungen auf die Attraktivität unserer Stadt haben. Potenzielle Neuansiedlungen könnten abgeschreckt werden, wenn die finanzielle Belastung zunimmt. Und wir brauchen mehr junge Familien in unserer Stadt.

Statt jetzt die Bürgerinnen und Bürger also weiter zu belasten, sollten wir zuerst intensiv nach Einsparmöglichkeiten suchen und zukünftige und bereits begonnene Projekte auf den Prüfstand stellen.

Wir haben Sie daher mit unserem Antrag dazu aufgefordert, eine freiwillige Haushaltskonsolidierung anzustreben.

Die Fraktion WG Kamen wünscht sich eine umfassende Herangehensweise, die sowohl auf Einnahmen als auch auf Ausgaben fokussiert ist.

Die Implementierung eines praktikablen Steuerungssystems, ähnlich der Sparlisten aus dem Haushaltssicherungskonzept, würde uns z.B. helfen, Transparenz und Nachhaltigkeit in den Maßnahmen zu erreichen.

Lassen Sie uns gemeinsam nach Lösungen suchen, die die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger bewahren und gleichzeitig die finanzielle Gesundheit unserer Stadt fördern.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B sollte daher als letzter Ausweg betrachtet werden. Nämlich erst wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind.

Dies ist nach unserer Auffassung heute noch nicht der Fall.

Daher sind die angestrebten 250 Punkte für uns nicht stichhaltig und scheinen mindestens auf Vorrat bemessen zu sein.

Ein kurzer Exkurs für die Bürgerinnen und Bürger:

50 Punkte entsprechen in etwa 0,7 Mio EUR an Einnahmen bzw. entsprechen 1 Mio. EUR ziemlich genau 36 Punkte in der Grundsteuer B.

- Die Kreisumlage ist gegenüber dem Haushaltsansatz um 0,5 Mio. EUR niedriger ausgefallen.

- Mit Einsparungen bekommen wir leicht noch einmal mehr als 0,5 Mio. EUR pro Jahr hin.
- Das tatsächliche Ist-Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit fällt gegenüber dem Plan-Ansatz bei Einbringung im Schnitt der letzten 5 Jahre um ca. eine Dreiviertel Mio. EUR höher aus.

Das heißt: Hier ist also zusätzlich noch Puffer im Haushalt.

Daher stimmen wir für eine vorläufige Haushaltssatzung in Verbindung mit einer Nachtragssatzung **nach** Prüfung der möglichen Einsparungen.

Ich appelliere an Sie, die Interessen der Kamenerinnen und Kamener zu berücksichtigen und alternative Wege zu prüfen.

Denn zusammen können wir eine Lösung finden, die gerecht und nachhaltig ist.

Vielen Dank!

Dirk Externbrink & Dennis Kobus